

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 3. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, am 27. v. M. den von Sr. Majestät dem Könige von Sardinien in der Eigenschaft eines außerordentlichen Botschafters an Allerhöchstdieselben entsandten Königlich sardinischen General, früheren Konseil-Präsidenten und Kriegsminister Chevalier Alphonse Ferrero de la Marmora in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus dessen Händen ein Beglückwünschungs-Schreiben seines Souveräns entgegenzunehmen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, am 30. v. M. den von Sr. Majestät dem Könige der Niederlande in außerordentlicher Mission an Allerhöchstdieselben entsandten niederländischen General-Deputierten und General-Adjutanten Chevalier de Stuers in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus dessen Händen ein Kondolenz- und Beglückwünschungs-Schreiben Sr. Majestät des Königs der Niederlande entgegenzunehmen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kanzlei-Rath Delleur bei dem Finanz-Ministerium den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Botenmeister Schlieter bei dem Ober-Tribunal den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner der Gräfin Anna Wilhelmine von Königsmark zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung des von der Königin von Bayern Majestät ihr verliehenen Theresien-Ordens zu erteilen.

Der praktische Arzt Dr. Carrazin zu Münster ist zum Assessor bei dem Medizinal-Kollegium der Provinz Westfalen ernannt worden.

Die Königlich Akademische der Wissenschaften hat in ihrer Plenarversammlung vom 31. Januar 1861 die Herren Professor Gerhard in Gießen, Ober-Bibliothekar Schaumann in Hannover, General-Konst. Newton in Rom, Dr. Dieffenbach in Bonn, Professor der Vries in Leiden, Professor Roth in Tübingen, Professor Kochly in Zürich und Professor Sauppe in Göttingen zu korrespondierenden Mitgliedern ihrer philosophisch-historischen Klasse ernannt.

Angekommen: Se. Excellenz der General der Infanterie und kommandirenden General des 1. Armee-Korps, von Werder, von Wien, und Se. Excellenz der General der Infanterie und kommandirende General des 2. Armee-Korps, von Wussow, von München.

Nr. 34 des St. Aug. 8 enthält Seitens des k. Kriegsministeriums die Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 27. Dezember 1860, betr. die Bestimmung über die Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit bei den Pionier- und Train-Bataillonen; ferner die Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 10. Januar 1861, die Uniform-Auszeichnungen der Garde-Landwehr-Infanterie-Regimenter und der Landwehr-Bataillone Nr. 33-40 betreffend; und die Allerhöchste Kabinetts-Ordnung vom 24. Januar 1861, die Waffe der Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Königs, so wie der Offiziere der Adjutantur betreffend.

Telegramme der Posener Zeitung.

Turin, Sonnabend 2. Februar. Die heutige „Opinione“ meldet, daß Graf Brasser de St. Simon dem Könige morgen sein Beglaubigungsschreiben, durch welches er als preussischer Gesandter in Turin bestätigt wird, überreichen werde.

Rom, Sonnabend 2. Februar. Aus Gaeta wird vom 1. d. gemeldet, daß das Schießen der Belagerer von der Landseite ziemlich heftig sei, von den Belagerten aber wenig erwidert werde. Die Geschosse werden hauptsächlich gegen die Stadt gerichtet. Es sind in der vergangenen Nacht drei Priester getödtet und ein Kloster ist fast ganz zerstört worden.

Konstantinopel, Sonnabend 2. Febr. Die europäische Kommission in Vehrut hat die Errichtung einer einzigen Regierung für die Christen in Syrien vorgeschlagen, die unter den Schutz der Mächte gestellt werden solle. Die Pforte hat zwei Regierungen mit christlichen und muslimännischen Generalrathen vorgeschlagen.

(Eingeg. 3. Februar 6 Uhr Abends.)

Posen, 4. Februar.

Nach unserer bisherigen parlamentarischen Praxis ist es nicht Regel, daß die Landesvertretung auf die vom Throne gehaltene Eröffnungsrede mit einer Adresse antwortet. Beide Häuser des Landtages sind diesmal von der Regel abgewichen, und ihr Verfahren erklärt sich hinlänglich aus den besonderen Verhältnissen, unter denen die Session beginnt. Ein durch hochherzigen und volksfreundlichen Sinn ausgezeichnete König ist aus dem Leben geschieden, und die Krone ist auf seinen erlauchten Bruder übergegangen, welcher mit kräftiger Hand die edelsten Ueberlieferungen des Hohenzollernschen Stammes aufgenommen und sich schon als Stellvertreter des Monarchen und als Regent des Königreiches den vollsten Anspruch auf die Liebe und das Vertrauen der Nation erworben hat. In solch einem Augenblicke mußte es den Vertretern des preussischen Volkes inniges Herzensbedürfnis sein, dem neuen Landesherren den Ausdruck ihrer Ergebenheit und Treue entgegenzutragen. Man hegte daher ziemlich allgemein die Erwartung, daß die Landesvertreter sich etwa auf eine Loyalitätskundgebung beschränken würden von der Art, wie sie bei Uebernahme der Regentschaft beliebt ward. Die Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Die schon überreichte Adresse des Herrenhauses und der durch die Kommission ausgearbeitete Adressentwurf des Abgeordnetenhauses beweisen, daß beide Häuser, wie sehr sie auch in Auffassung und Tendenz auseinandergehen mögen, sich in dem Gedanken begegneten, die Loyalitätsadresse gleichzeitig zu einem politischen Akte von spezifischer Färbung zu gestalten.

Jedenfalls hat das preussische Parlament hier eine neue und eigenthümliche Bahn betreten. In England ist die Adresse nur ein durch alten Brauch geheiligter Akt der Kourtoisie gegen die Krone; sie enthält regelmäßig nur eine Umschreibung der Thronrede, wird von Notabilitäten zweiten oder dritten Ranges vorgelegt und vertheilt, und ihre Genehmigung erfolgt ohne weitere Debatte. Von dem Verfahren des gesetzgebenden Körpers in Frankreich wollen wir

hier nicht sprechen; denn die ganze parlamentarische Praxis des napoleonischen Kaiserreiches hat nur den Werth eines auf Volkstümlichkeit berechneten Schauspiels. Zur Zeit des konstitutionellen Königthums in Frankreich hatte dagegen die Adressfrage eine hohe Wichtigkeit erlangt. Die Landesvertretung stellte es sich zur Aufgabe gewissermaßen ein vollständiges Programm ihrer Politik in der Antwortadresse auf die Thronrede darzulegen, und von der Richtung dieses Programmes war es abhängig, ob die leitenden Minister das Staatsruder in Händen behalten konnten oder, falls sie nicht etwa durch Kammerauflösung eine mit ihrem System übereinstimmende Mehrheit zu erzielen suchten, dasselbe den Vertretern des parlamentarischen Programmes überliefern mußten. Von dem englischen Vorbilde sind beide Häuser unseres Landtages entschieden abgewichen; dagegen ist der Einfluß der französischen Methode nicht zu verkennen, wenn auch die spezifisch preussischen Verhältnisse dieselbe wesentlich modifiziert haben.

Wir wollen nicht behaupten, daß die beiden Häuser bei Entwerfung ihrer Adressen die Absicht hatten, auf einen Ministerwechsel hinzuwirken. Das Herrenhaus, wenn seine Wünsche sich auch dahin richten mögen, täuscht sich wohl schwerlich darüber, daß sein Votum nicht im Stande ist, diejenigen Männer vom Staatsruder zu verdrängen, welchen der König sein volles Vertrauen schenkt. Das Abgeordnetenhaus, wenigstens in seiner überwiegenden Mehrheit, theilt dieses Vertrauen mit dem Monarchen, und der Ausdruck desselben hat sogar in dem Kommissionsentwurf eine Stelle gefunden. Indessen haben beide Häuser gleichmäßig das Bestreben offenbart, auf die Beschlüsse der Regierung, wenn auch in entgegengelegter Richtung, Einfluß zu gewinnen. Die Adresse des Herrenhauses war ein diplomatisches Meisterstück, insofern sie verstand, ein tiefes Mißtrauen in die Form des Vertrauens zu kleiden und mit entschiedenen Forderungen an die Krone heranzutreten, während man eine einfache Loyalitätsäußerung angelündigt hatte. Vielleicht nur um das Gleichgewicht herzustellen, hat das Abgeordnetenhaus in seine Beileids- und Glückwünschungsadresse ein politisches Programm aufgenommen. Auch diese Adresse spricht im Großen und Ganzen unbedingtes Vertrauen aus, aber sie deutet doch auch mit voller Bestimmtheit diejenigen Punkte an, wo eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Volksvertretung zu besorgen ist. Beide Häuser haben von einem ihnen unbestreitbar zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und nach der entschiedenen Parteifärbung, welche das Herrenhaus seiner Adresse gegeben hat, kann das Abgeordnetenhaus nicht gut den aufrichtigen Ausdruck seiner Ansichten zurückhalten. Aber es mag allerdings zweifelhaft erscheinen, ob der erste Gruß, welchen die Nationalvertretung an den neuen Landesherren richtet, für ein spezifisches Programm überhaupt eine passende Stelle bot.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 3. Febr. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Die Königin-Wittve war heute Vormittag in der Friedenskirche zu Potsdam, verweilte alsdann in der Sakristei kurze Zeit am Sarge ihres heimgegangenen Gemahls und kehrte darauf wieder nach Schloß Sanssouci zurück, wohin ihr von der Kirche auch mehrere hochgestellte Personen, darunter Mitglieder des Herrenhauses, folgten. Die Gruft in der Friedenskirche, welche den verstorbenen König aufnehmen soll, ist bald fertig. Der Geheimere Ober-Baurath Stüler ist täglich in Potsdam, um den Bau derselben zu beaufsichtigen. Die Königin-Wittve hat von ihrem Bruder, dem Prinzen Karl, aus München die Nachricht erhalten, daß er sich unapfänglich fühle und darum seine Reise nach Potsdam verschieben müsse. Man glaubt, daß jetzt die Königin Marie von Sachsen ihre Dispositionen ändern und in diesen Tagen der Königin-Wittve ihren Besuch machen werde. Im Laufe der Woche wird auch die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin von Haag wieder auf Schloß Sanssouci eintreffen. — Gestern war beim König große Tafel. Außer den hohen Herrschaften befanden sich unter den Gästen die Minister v. Auerswald und v. Schleinitz, der sardinische Gesandte Graf de Launay, der Vertreter der Niederlande am hiesigen Hofe, Schimmelpenninck v. d. Dye, der sardinische General, Chevalier Alphonse Ferrero de la Marmora und seine Begleiter, der holländische General Chevalier de Stuers, die Generale v. Wussow und v. Werder und andere höhere Militärs. Die beiden außerordentlichen Abgesandten verabschiedeten sich nach aufgehobener Tafel von den hohen Herrschaften und werden morgen ihre Rückreise nach Haag und Turin antreten. Der schwedische Sendbote, Ober-Stallmeister Graf Essen, hat bereits vor einigen Tagen mit seinen Begleitern Berlin verlassen und ist wieder nach Stockholm zurückgekehrt. — Heute Vormittag wohnten der König und die Königin, der Kronprinz und die Kronprinzessin mit andern Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses dem Gottesdienste im Dome bei. Mittags machten die hohen Herrschaften insgesamt der Prinzessin Karl, deren Geburtstag heute ist, ihren Gratulationsbesuch. Um 2 Uhr ließ sich der König von dem Generaladjutanten v. Mantuffel Vortrag halten und konferierte alsdann mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Um 5 Uhr war Familientafel im Palais des Prinzen Karl, an der auch der Prinz August von Württemberg, die hiesigen Prinzen, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und andere hohe Personen erschienen. — In den militärischen Kreisen ist von der Sendung eines Generals nach Gaeta die Rede. Man hält solche für geboten, nachdem König Franz II. einen außerordentlichen Gesandten zur Beglückwünschung an unsern König hierher geschickt hat. Bis jetzt hört man noch keinen General für diese Mission bezeichnen. — Noch niemals dürften die Eintrittskarten zum Abgeordnetenhaus so sehr verlangt worden

sein, wie für die Tage, wo über die Adresse verhandelt wird. Mehrere dieser Karten sollen in den Besitz von Händlern gelangt sein, die mit dem Verkauf derselben ein gutes Geschäft gemacht haben. Die Verhandlungen werden daher alle Zuhörertribünen füllen. — In der Stadt erzählte man sich heute, daß der Postdiebstahl entdeckt und der Postillon, welcher an jenem Abend den Wagen fuhr, als der Thäter eingezogen sein. Wie mir mitgeteilt wird, ist dies Gerücht dadurch entstanden, daß ein Postillon, der einem Kameraden 6 Thaler entwendet hatte, gefänglich eingezogen wurde. Der Thäter des großen Postdiebstahls ist noch nicht entdeckt.

[Ueber die gesellschaftlichen Zustände in Posen] enthält die „Wiener Stg.“ die nachfolgende Posener Korrespondenz, die wir unseren Lesern ohne weitere Bemerkung mittheilen: Das eben bekannt werdende Auftreten der polnisch redenden Mitglieder des Herrenhauses bei Gelegenheit der Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede und die Abweisung, welche ihnen von der kompakten Majorität dieses Hauses zu Theil wurde, haben nicht verfehlt, hier einen tiefen Eindruck zu machen, denn die gesellschaftlichen Zustände haben in der That bei uns einen Grad der Spannung erreicht, der jeden, auch den leisesten Anstoß ungemein lebhaft nachspüren läßt. In keiner Stadt der Welt mögen aber auch die Parteilungen so naturwüchsig und numerisch fast gleich hervortreten als in Posen. Die großen Fraktionen der Polen und Deutschen zerpalten sich wieder in katholische und evangelische Deutsche, oder evangelische und katholische Polen. Dazwischen die Juden, theils mit den Polen, theils mit den Deutschen haltend, Beamte und Bürger, Militär und Zivil, Adelige und Tiers état, so viele Namen und Beziehungen, so viele schroffe Absonderung, so viel Vermeiden und gegenseitiges Verlegen. Wer Posen nicht kennt und nicht längere Zeit hier verkehrt hat, wird sich eben gar keinen Begriff von dieser seltsamen Absonderung und Feindlichkeit machen können, welche hier unbedingt alle Verhältnisse durchzieht. Der Pole ist, seitdem das so sorgfältig angeführte Nationalitätsfeuer lodert, wieder voller Hoffnungen und fühlt sich unter der milden preussischen Regierung gewissermaßen berufen, vorzugsweise von Preussisch-Polen aus, das alte Polenreich wieder herzustellen. Ob als Königreich oder als Republik, das überlassen sie der späteren erleuchteten Debatte eines polnischen Reichstages. Was Graf Bniński im Herrenhause gesagt, ist nur das Vorspiel zu einer ganzen Reihe von Protestationen und Beschwerden, welche im Abgeordnetenhaus bei jeder Gelegenheit wiederholt werden sollen. Der Abgeordnete Niesel hat ihnen schon im vorigen Jahre gesagt, daß sie anfangen das Haus zu ennuyiren, und bekanntlich „sont tous les genres bons, excepté le genre ennuyeux!“ Aber auch das scheint nicht gewirkt zu haben. Indes haben die Herren keine Redner von nur einiger Bedeutung. So lange sie sich selbst polnische Abgeordnete nennen und keine preussische Abgeordnete sein wollen, die nebenbei auch polnisch reden, so lange sie den allgemeinen Landtag für die preussische Monarchie den „Berliner Landtag“ nennen, giebt es eigentlich gar kein Recht und keine Stelle für sie in unserem Verfassungsleben. Der Minister Graf Schwerin hat ihnen das auch so deutlich als möglich gesagt und wird es wohl im Abgeordnetenhaus eben so deutlich sagen. Freilich nach hiesiger Auffassung seiner Worte zu schließen, ganz vergebens. Eintheilen befinden sich aber die Deutschen hier wirklich in einer unangenehmen und keinesweges sorglosen Lage. Allerdings haben wir eine starke Garnison und eine zuverlässige Festung auf der Winiaryhöhe über uns; wir haben ferner an Truppen hier 2 Bataillone des 1. Westpreuss. Grenadierregiments, 2 Bataillone des 2. Brandenburg. Grenadierregiments, 3 Bataillone des 1. niederschl. Inf.-Reg. (ein neuerrichtetes), 2 Eskadronen schwarze Husaren, zahlreiche Artillerie und 1 Trainbataillon. Das ist viel bei ruhigen und wenig bei unruhigen Zeiten. Hoffen wir, daß diese unruhigen Zeiten nicht kommen werden, obgleich allerlei Vorboten davon in der Luft umherfliegen. Die Polizei wagt fast nichts mehr zu thun. Der Sprachenstreit nimmt geradezu lächerliche Dimensionen an. Ein deutscher Kleinhändler auf dem Markte ärgerte sich vor Kurzem dergestalt darüber, daß seine polnischen Kunden ihm die deutsch geschriebenen Rechnungen zurückschlachten, daß er einem Polen, der deutsche Fabrikate bei ihm kaufen wollte, sagte, er verkaufe nichts Deutsches an Polen! Natürlich heftige Empörung unter den Polen, daß ein Deutscher sich so etwas unterstehe könne. Wenn polnische Fabrikate besser und wohlfeiler wären als deutsche, so könnte das mit der Zeit den deutschen Kaufleuten gefährlich werden. Damit hat es aber noch gute Wege!

Stralsund, 1. Febr. [Schiffsbruch.] Am Sonnabend den 26. Jan. ist das der Rostocker Seeadampfschiffahrtsgesellschaft zugehörige eiserne Schraubendampfschiff „Großfürst Konstantin“, Kapit. Ahrens, in der Nähe von Arkona total verloren gegangen, die Mannschaft aber gerettet. Der „Großfürst Konstantin“ war nach dem Schluß der regelmäßigen Sommerfahrten zwischen Rostock und Petersburg nach Leith gegangen, kehrte von dort mit Eisen und Kohlen beladen auf Rostock zurück und lief, da er den Sund bereits voll Treibeis gefunden hatte, in Kopenhagen an, versuchte aber dann noch wieder sein Ziel zu erreichen. So kam er bis auf einige Meilen vor Warnemünde, sah sich durch das Eis am Einlaufen gehindert und gezwungen, einen anderen Hafen zu suchen. Hierbei gerieth er in Treibeis und wurde von diesem an die rügenische Küste entführt. Am 25. wurde das Schiff mit aufgeblassener Nothflamme von Eisschollen umschlossen und bei heftigem Winde treibend von Hiddensee aus gesehen. Am 26. trieb es gegen die Wittowische Küste an festes Eis und wurde sogleich lost, so daß das Wasser im Augenblicke im Maschinenraume über Manneshöhe stieg. Die aus 17 Mann bestehende Besatzung, der es überdies schon an Proviant gemangelt hatte, mußte eiligst den Dampfer verlassen,

der zu sinken begann, erreichte aber, da es mittlerweile Abend geworden war, erst nach längerem Umherirren auf dem Eise Land. Die Leute sind hier eingetroffen und von hier nach Rostock weiter befördert. (N. Stett. 3.)

Wien, 2. Februar. [Audienz.] Der englische Botschafter Lord Bloomfield hat am Mittwoch Mittags in feierlicher Audienz Sr. Majestät dem Kaiser seine Beglaubigungsschreiben überreicht. Die Auffahrt erfolgte in drei Hofgalarwagen durch die kaiserliche Hofburg. Im ersten Wagen saß der Cerimonienmeister, im zweiten der Botschafter und im dritten das Botschaftspersonal. In der Hofburg angelangt, wurde Lord Bloomfield bis zur Thür des Audienzsaales durch den Cerimonienmeister geleitet und von dort durch den Oberstkämmerer Grafen Landoronsky in den Audienzsaal geführt. Während der Audienz war Lord Bloomfield mit Sr. Majestät dem Kaiser allein. Nach der Audienz stellte der Botschafter selbst das gesamte Botschaftspersonal Sr. Majestät vor. Als die Wagen die Hofburg passirten, traten die Wachen ins Gewehr und präsentirten. Gleich nach der Audienz begab sich Lord Bloomfield zu dem Minister Grafen v. Rechberg, hatte mit demselben die erste offizielle Besprechung, und machte sodann dem französischen Botschafter Marquis de Moustier und dem türkischen Botschafter Fürsten Kallimachi die üblichen Besuche. Nächster Tage wird Lord Bloomfield die drei Empfangstage für das diplomatische Korps halten und bei sämtlichen Erzherzogen und Erzherzoginnen Audienzen haben.

[Gutachten der Handelskammern.] Es liegen wieder neue Gutachten von Handelskammern über die Valutafrage vor, namentlich von Wien, Triest, Fiume und Voralberg. Sie stimmen im Wesentlichen, das Verlangen nach einer allgemeinen konstitutionellen Reichsverfassung betreffend, mit den schon bekannten Gutachten anderer Handelskammern überein. In dem aus Voralberg eingegangenen wird unter Anderem auch vorgeschlagen: Der Staat solle der Bank, wenn nicht die ganze, doch mindestens zwei Drittel seiner Schuld abtragen, und es solle zu diesem Zweck, so wie zur Beilegung des Abgangs, das Vermögen der Kirchen und Klöster mit einer unverzinslichen, möglichst ausgiebigen Anleihe befreit werden. Das Gutachten der Handelskammer von Wien, welches vorgestern berathen und festgestellt wurde, weist zwar auch auf die Nothwendigkeit einer „nicht bloß beratenden, sondern auch entscheidenden und kontrollierenden Volksvertretung“ hin, ist aber, wie die „Deutsche Zeitung“ bemerkt, im Stille matt, seinem Inhalte nach farblos und zeugt ebensowenig von großer finanzieller Befähigung, als von politischer Kraft.

[Tagesnachrichten.] Der Bürgerball am Mittwoch war zahlreich besucht; doch ist der Besuch im Vergleiche mit den Vorjahren schwächer zu nennen. Die Ausschmückung der Säle war wie alljährlich glänzend und dies Mal durch eine in einer Blumen-terrasse angebrachte, Madeira darstellende Dekoration auch sinnreich. Der Kaiser erschien in der Uniform des Kaiser Franz Joseph Inf. Regts., begleitet von den Erzherzögen Franz Karl, Ludwig Viktor, Rainer, Wilhelm und Joseph, und verweilte etwa eine halbe Stunde in der Hofgalerie. Die sämtlichen Minister, viele Generale und einige Diplomaten nahmen an dem Ballfeste Theil. — Der Kaiser ist vorgestern an mehreren von der Ueberchwemmung bedrohten Punkten erschienen und hat auch die Anstalten im Prater und auf der Simmeringer Haide in Augenschein genommen. — Der Rittmeister Graf Hohenstein, welcher mit Briefen für die Kaiserin nach Madeira abgereist ist, begibt sich dahin über München, um dort die Briefschaften der Eltern Ihrer Maj. zu übernehmen. Wie verlautet, befindet sich die Kaiserin fortwährend sehr wohl. Der Hofstaat in Madeira wird sehr einfach geführt. In dem großen Saale der Villa, welche die Kaiserin bewohnt, wurde eine Hauskapelle eingerichtet, in welcher der Hofkaplan Häfel täglich früh die Messe hält, welcher Ihre Majestät beivohnt. Das Gabelfrühstück wird um 12 Uhr Mittags gehalten. Nach dem Diner macht die Kaiserin Spaziergänge oder beschäftigt sich mit Musik. Gellagt wird, daß jetzt sehr wenig Schiffe in Madeira landen, was die Einförmigkeit erhöht. — Der Pesther „Hirnök“ veröffentlicht einen Brief des Hofkanzlers Bay an den Primas kardinal, worin das Allerhöchste Reskript vom 16. v. M. motivirt wird. Freiherr v. Bay erklärt, er könne sich in seiner Stellung täglich von des Kaisers Gesinnung für Ungarn überzeugen. Im weiteren Verlaufe zählt das Schreiben des Hofkanzlers auf, was bereits für das Vaterland geschehen sei. Die Integrität Ungarns sei größtentheils hergestellt; was daran fehlt, werde sicherlich gegeben werden. Dasselbe werde bezüglich anderer Rechte geschehen. — Die siebenbürgischen Juden haben in einer beim Grafen Wilsa stattgefundenen Vorstellung eine Denkschrift überreicht, in welcher sie ihre Gefühle und ihre politische Richtung darlegen. Darin kommt folgender Passus vor: „Für die Anerkennung unserer freien Religionsübung versprechen wir feierlichst, an der ungarischen Verfassung unerschütterlich zu hängen, die Integrität des ungarischen Reiches in allen Konsequenzen im Herzen zu tragen und mit Gut und Blut unsern König zu verteidigen.“ — Die „Budapesti Közlöny“ zeigt an, daß sie in ihrer nächsten Nummer das Porträt Ludwig Kossuths und eine Abbildung der Erstürmung dens in Jahre 1849 bringen werde. — Aus Eperies theilt der Oberstuhlrichter Traudi dem „Naplo“ mit, er habe den Juden Pasternak aus lauter Humanität prägen lassen, weil des Angeklagten Familie, wenn derselbe zu Gefängnis verurtheilt worden wäre, während der Zeit seiner Haft hätte darben müssen.

Pesth, 1. Febr. [Antwortadresse.] In der heute stattgehabten Generalversammlung der Stadt Pesth wurde die Adresse auf das kaiserliche Reskript debattirt. Die liberale Partei trat hier zum ersten Male kompakter hervor. Ein von Deak verfaßter Adressentwurf, von Szilagyi als zu wenig energisch heftig angegriffen, wurde nach einer Rede Göttös's einstimmig angenommen.

Frankfurt a. M., 1. Februar. [Bundestagsitzung.] Die gestrigen Verhandlungen des Bundestags bieten nicht das geringste politische Interesse. Bezüglich des oft erwähnten Ventinischen Prozesses beschloß die Versammlung, den Ausschuss auf Grund der von Berlin und Wien eingereichten Akten (betreffend Art. 7 des sogenannten Berliner Abkommens von 1825) mit einer weiteren Berichterstattung zu beauftragen; und das Gesuch des Grafen Ventinck auf Einsichtnahme dieser Akten ablehnend zu bescheiden, weil, wie in den Motiven hervorgehoben, der hohen Versammlung das Verfügungsrecht über dieselben nicht zustehe. Sonst unbedeutende Festungsangelegenheiten, Privateingaben, Eisenbahnnachweise, Vorlage von Rechnungssachen u. (Pr. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 1. Februar. [Tagesnotizen.] Auf der Südwestbahn, die nach Portsmouth führt, hat sich am 29. v. M. wieder ein Unglück ereignet. Der Zender riß sich mit einigen Wagen von der Maschine los und stürzte etwa 20 Fuß einen Damm hinab. Zwei Passagiere blieben auf der Stelle todt, mehrere andere sind schwer verletzt worden. Einer der Getödteten ist der zweite Leibarzt der Königin gewesen, Dr. Balg, ein sehr angesehener verdienstvoller Arzt, der im besten Mannesalter stand. — Dem vierzehnjährigen Sohne Garibaldi's, der in England erzogen wird, haben die Arbeiter von Manchester, wo er sich eben zu Besuch befindet, eine Adresse überreicht, um ihre Bewunderung für den Vater an den Tag zu legen. — Der „Globe“ enthält eine Zuckrisst von Karl Blind, worin das alte Recht Holsteins auf eine unlösliche Verbindung mit Schleswig verfochten wird.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. [Prozeß Patterson; Pressefreiheit; Herr Ganesco; souveräne Reden; Henry Murger und die offizielle Wohlthätigkeit.] Ich komme so eben von dem Palais de Justice zurück, wo heute die Verhandlungen in dem Prozeß Patterson fortgesetzt wurden. Allein meine Bemühungen, Eingang in das Sitzungszimmer zu finden, waren nicht von Erfolg. Vor der Thüre standen zwei Soldaten, welche die Menge der Einlassbegehrenden abhielt, und stets nur eine Person als Ersatz hereinließ, wenn sich aus dem Innern eine entfernte. Es ist fraglich, ob die Entscheidung bereits heute gefällt wird, da, wie ich höre, nach dem Vortrage des kaiserlichen Prokurators Hr. Berruyer noch einmal das Wort ergreifen wird. (S. u.) — Die Rede des Senatspräsidenten Troplong ist Ihnen bereits bekannt. (Ja wohl; unbedeutend genug war sie. D. Red.) Sie hat die Frage, in wie weit die Regierung im Verlauf der Dekrete vom 24. November eine freisinnigere Richtung einschlagen werde, von Neuem in den Vordergrund gestellt, aus welchem sie verschwunden war, da die auswärtige Politik das Publikum in hohem Grade beschäftigte. Jetzt, wo man weiß, daß die Regierungspartei bei den italienischen Wahlen den Sieg davon getragen, und Gasta noch an seine Liebergabe denkt, kommt die Verhandlung im Senat zur rechten Zeit, und gerade die lange Rede des Präsidenten, welche dem Namen desselben vollkommen entspricht, könnte den Franzosen eine derbe Lehre sein, daß sie besser thäten, der Freiheit eine Gasse im eigenen Lande zu bahnen, als à la Don Quixote im Auslande dafür Lanz zu brechen. Nimmt man der Rede Troplongs die Hülle, welche ein Meisterwerkstück aus allen möglichen Phrasen der Bewunderung Napoleons III. seiner Freiheitsliebe und der „glorreichen Prinzipien von 1789“ ist, so bleibt ein bitterer Kern, der nämlich, daß den Organen der öffentlichen Meinung auf keine Weise gestattet ist, die Verhandlungen der beiden großen Staatskörper in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen. Das ihnen eingeräumte Recht besteht lediglich darin, daß sie entweder die im „Moniteur“ veröffentlichten Berichte, oder wenn sie es der Raumersparnis halber vorziehen, einen kurzen Auszug, welcher ihnen allabendlich von den resp. Sekretariaten zugehen soll, abdrucken dürfen. Bei Todesstrafe ist ihnen aber verboten, nur Bruchstücke aus der Verhandlung herauszunehmen, oder über einzelne bedeutende Reden besonders zu diskutieren. Wie weit sich, abgesehen von der Besprechung der parlamentarischen Ereignisse, die Zeitungen der Pressefreiheit erfreuen, davon giebt das dem „Courrier du Dimanche“ ertheilte (und von uns bereits in Nr. 26 erwähnte) Avertissement einen deutlichen Beweis; die verhängnisvolle Nummer dieses Blattes enthielt einen Artikel des Redakteurs, in welchem das allgemeine Stimmrecht scharf kritisiert und die Schattenseiten dieses Systems, in welchem den persönlichen Beziehungen ein großer Spielraum überlassen ist, in helles Licht gestellt wurden. Der bezügliche Brief Versigny's motivirt die Avertissements dadurch, daß er in dieser Kritik eine Besprechung, ja eine Beschimpfung des Prinzips findet, auf welches die Regierung Napoleons sich stützt. Jedenfalls ist dadurch festgestellt, daß die Zeitungen sich jeder Besprechung des allgemeinen Stimmrechts enthalten müssen, dagegen überläßt Versigny dieser Kritik alle Handlungen der Regierung (natürlich soweit und so lange es ihm konvenirt; d. Red.). Indessen beharren die Zeitungen in vorsichtigem Schweigen und selbst dem aufmerksamsten Leser dürfte kein wesentlicher Unterschied in den Journalartikeln auffallen, welche vor und nach dem 8. Dezember, dem Datum jenes bekannten, als so freisinnig begrüßten Ministerialeklasses erschienen sind. Daß die Regierung den Verfasser des erwähnten Artikels im „Courrier du Dimanche“ auch noch aus Frankreich verwiesen, hat um so größeres Befremden hervorgerufen, als Herr Gregory Ganesco es einer ganz speziellen Protektion verdankte, daß ihm gestattet war, offizieller Redakteur einer hiesigen Zeitung zu sein. Wie man sich in der Journalistenwelt erzählt, hatte es damit folgende Bewandniß. Die Regierung brauchte Semanden, der sie über die Absichten und Bestrebungen der orleanistischen Partei unterrichtete, und ertheilte daher Herrn Ganesco die Genehmigung, ein Blatt für diese Interessen zu gründen, unter der Bedingung natürlich, daß er ihr die sorgfältigsten Mittheilungen mache, wofür sie ihm überdies noch eine gewisse Summe zahlte, welche indeß den Ansprüchen G.'s auf die Dauer nicht genügt, denn vor Kurzem verlangte er eine Erhöhung seines Lohnes auf 150,000 Fr. jährlich. Als ihm diese verweigert wurde, schrieb er jenen Artikel, und Versigny erhielt dadurch die sicherlich erwünschte Gelegenheit, des Spions sich vollständig zu entledigen.

Im Thronsaal des Louvre werden bereits die Vorträge für die Feierlichkeit am 4. Febr. getroffen; mein nächster Brief wird Ihnen den Eindruck der von Friedensversicherungen trübenden Eröffnungsrede schildern. Es ist indeß eine Thatsache, daß man sich allmählig an die Doppeltzungigkeit der Sphinx in den Tuilerien gewöhnt hat, und die Reden nicht mehr so lebhaft auf das Publikum wirken. Selbst das Barometer der öffentlichen Meinung, wie man die Börse zu nennen beliebt, ist nicht mehr so empfindlich; sie verfolgt mit viel ängstlicheren Blicken die Schritte Garibaldi's und hört nur noch mit halbem Ohr auf die Worte ihres kaiserlichen Freundes. Gestern gerieth sie in einige Bestürzung, da einige Vaisiers Nachricht von dem plötzlichen Verschwinden Garibaldi's aus Caprera erhalten haben wollten. Man ließ ihn in Montenegro landen; doch ist das nicht bestätigt, und ich gestehe, daß ich weniger wie je glaube, der Feld der italienischen Freiheit werde den österreichischen Ministern diesen Gefallen thun. Man verfolgt hier mit

großer Spannung die Sendung des Generals La Marmora und seinen Empfang in Berlin; die klerikalen Blätter melden, er sei äußerst unfreundlich empfangen worden, und reißten sich die Hände vor Freude über die energische Parteinahme Preußens für Franz II., während die andern Blätter ihn auf die „distinguirteste Weise“ von Wilhelm I. begrüßt werden lassen. Leider ist Preußen noch immer nicht so glücklich, die Gunst der „Opinion nationale“ erlangt zu haben. In seinem gestrigen Bulletin bedauert Herr Alexandre Bonneau, daß Wilhelm I. leider seinen Ansprüchen noch immer nicht eine friedlichere Wendung gäbe. Vielleicht erwartete er, daß der König sagen würde: „In Erwägung, daß die „Opinion nationale“ und einige andere Blätter in Frankreich nicht meine Ansicht über die drohende Zukunft theilen, erkenne ich, daß meine Meinung falsch war, und glaube, daß wir dem Reich des tausendjährigen Friedens entgegengehen!“

In der literarischen Welt hat der Tod Henry Murgers (der namentlich auch als dramatischer Schriftsteller sich bemerklich gemacht) viele Theilnahme hervorgerufen. Er litt seit wenigen Tagen an einer Rose am Fuß, zu der bald der Brand trat, was die Abnahme des Beins erforderlich machte. Am Montag entschlossen sich die Aerzte zu dieser Operation, die aber nicht zur Ausführung kam; denn am selben Abend noch war er eingeschlummert. Henry Murger zählte sehr viele Freunde; mühsam hatte er sich seine literarische Stellung erkämpft und manchmal einen harten Kampf mit Noth und Mangel bestanden, ehe er sich aus dem kleinen Journal, in welchem er seine ersten literarischen Versuche veröffentlichte, zu einer festen und gesicherten Stellung heraufgearbeitet. Vermögen hat er nicht erworben, vielmehr überlieferte ihm der Minister Walowski während seiner Krankheit eine Unterstützung von 500 Fr., und auch die Begräbniskosten wurden von demselben bestritten. Es ist gewiß schön und lobenswerth, wenn die Regierung die schützende und wohlthuende Hand den armen Literaten und Gelehrten reicht, um sie vor den tödtenden Bedrängnissen des gemeinen Lebens zu bewahren; die französische Regierung thut es in ausgedehntem Maße. Allein es ist mit den Wohlthaten der Regierungen nicht anders, als mit denen gewöhnlicher Sterblichen: sie verlieren an Werth, wenn sie der Öffentlichkeit preisgegeben werden. So auch in diesem Falle: die 500 Franken, welche Walowski Murger gesandt, das Begräbniß auf Staatskosten, treten uns in Allem entgegen, was bis jetzt über den Tod und die Bedeutung des jungen Dichters gesagt ist, und geben den Blättern Gelegenheit, ihre Bewunderung für diese Großmuth in platten und schwülstigen Redensarten an den Tag zu legen. Man verliert die Persönlichkeit Murgers aus den Augen und wird betäubt von dem Weibrauch, der nicht dem Todten, sondern dem Lebenden gesendet wird. „Man merkt die Absicht und man ist verstümmt!“

Paris, 31. Jan. [Die Transaktion mit der Petersburger Bank; Getreideaufkäufe u.] Daß die Transaktion mit der Petersburger Bank sich zerlegt hat, ist ein Ereigniß, das ungewöhnliche Sensation hervorbringt. Man betrachtet das Wüthlingen des beabsichtigten Austausches von Silber gegen Gold zwischen Paris und Petersburg nicht wie ein finanzielles, sondern wie ein politisches Eventement. Man läßt es sich nicht anreden, daß die Verfassung der kaiserlichen Genehmigung auf politischen Erwägungen beruhe, auf einer Mißstimmung, die am Petersburger Hofe gegen Frankreich besteht. In Wahrheit hatte das Geschäft als abgemacht gegolten. Das Bankierhaus Dufloy-Kienin, das den Unterhändler machte, hatte die Sache als vollständig abgemacht betrachtet, in diesem Sinne den Gouverneur der Bank von Frankreich über den Handel informiert, und der Bericht des Gouverneurs an den Finanzminister ging von derselben Voraussetzung aus. Man bewundert den Scharfblick des Kaisers, der in diesem Falle vielleicht sehr erklärlich ist, da Napoleon III. von Dingen unterrichtet sein wird, die Herrn Forcade de la Rocquette fremd sind. Als Herr de Forcade den Abschluß des Geschäfts vortrug, fragte der Kaiser, ob Kaiser Alexander den Abschluß ratifizirt habe? Als der Finanzminister erklärte, dieser Formalität sei noch nicht genügt, sie könne jedoch nicht ausbleiben, soll ihm der Kaiser entgegen haben: „Machen wir auf keine Thatsache mit Bestimmtheit Rechnung, so lange wir sie nicht in der Tasche tragen.“ Wenige Stunden später meldete ein Petersburger Telegramm dem vermittelnden Bankierhause, der Kaiser habe die Genehmigung versagt. — Ein Vorgang, dem ich eine kriegerische Bedeutung von vorn herein abprechen möchte, obwohl man geneigt sein wird, ihm eine solche beizulegen, ist das Ausschreiben starker Weizenlieferungen von Seiten der Militäradministration im Elsaß. Die Angelegenheit hat, wie ich glaube, mehr ein kommerzielles als ein politisches Interesse. In Straßburg sind in diesen Tagen 10,000 metrische Zentner Weizen zu Preisen von 29 Fr. bis 29 Fr. 50 C. gekauft worden. In Luneville, etwas früher in Metz und Nancy, sind Quantitäten von noch größerem Belange durch Adjudikation gekauft worden. — Das neue Cerealiengesetz ist im Staatsrath vollendet und vom Minister adoptirt worden. Es wird dem legislativen Körper als eine der ersten Vorlagen zugeben. (BZ.)

Paris, 1. Febr. [Tagesbericht.] Hr. v. Quelen, Adjutant des Kaisers, der, mit einer außerordentlichen Mission betraut, in Rom war, kommt nächsten Sonntag nach Paris zurück. Seine Mission soll ohne Resultat geblieben sein. — Der Admiral Le Barbier de Tinan, Oberbefehlshaber der französischen Mittelmeerflotte, ist per Telegraph nach Paris berufen worden. Derselbe hat die Instruktion erhalten, Alles vorzubereiten, um sofort in See stechen zu können. — Der österreichische Oberst Moenhofen ist hier angekommen. Derselbe soll dem Könige Franz II. und seinen Brüdern den ihnen vom Kaiser von Oesterreich verliehenen Maria-Theresienorden überbringen und verlangt deshalb hier die Mittel zur Ausführung der ihm gewordenen Mission. — Hier versichert man, daß der Kaiser sich dem General Willisen gegenüber über die kriegerische Sprache des Königs von Preußen beklagt und bemerkt habe, daß dieselbe sehr verschieden von der in Baden-Baden sei. — Hr. Laitz, der Vertreter des Kaisers, wird angeblich eine Reise nach Spanien machen. Bei seiner früheren Thätigkeit in Savoyen und Nizza besorgte man hier, daß schon seine bloße Gegenwart in Madrid Annexionsergüsse in Beziehung auf die Balearen hervorgerufen wird, so wenig auch die heutige spanische Regierung im Stande ist, auf dergleichen einzugehen. — Der Staatsrath hat nach sehr lebhaften Debatten das auf den Umbau der Avenue d'Antin (in den Elysäischen Feldern) bezügliche Projekt des Seinepräfecten mit großer Majorität verworfen. Der Legtere besteht nichtsdestoweniger auf dessen Ausführung.

und glaubt, auch gegen das Votum des Staatsrathes, ein kaiserliches Dekret, das ihn dazu bevollmächtigt, erlangen zu können. Die Sache macht großes Aufsehen in den höheren Beamtenkreisen. — Ganesco hat, um Paris und Frankreich zu verlassen, einen Aufschub von dreißig Tagen erhalten. Seine Freunde hoffen, daß durch einflußreiche Verwendung die betreffende Maßregel des Ministeriums des Innern zurückgenommen werden könne. — Das „Siècle“ nennt die Ausweisung des Herrn Ganesco eine zu strenge Maßregel; da die Verwaltung einmal den Ausländer als Hauptredakteur eines Wochenblattes bestätigt habe, so hätte aus denselben begünstigenden Gründen, welche diese Abweichung von den Gesetzen und den sonst befolgten Regeln motivierten, auch die von dem Minister des Innern ergriffene äußerste Maßregel gemildert werden sollen. — Durch kaiserliches Dekret vom 30. Jan. ist der Abbé Baudry, Professor der Dogmatik am St. Sulpice-Seminar zu Paris, zum Bischof von Périgueux ernannt worden. — Heute wurden vor dem Zuchtpolizeigerichte die Debatten über den Prozeß der Familie Patterson gegen den Prinzen Napoleon fortgesetzt. Man erfährt über den Vorgang in dieser Sitzung nur sehr wenig, da der Gerichtssaal auf Befehl des Präsidenten geräumt werden mußte. Das Publikum hatte sich nämlich an den Debatten durch zu laute Beifallsrufe betheiligt. Dieselben galten Herrn Berryer, der gesagt, daß, wenn Graf von Chambord ihn mit einer ähnlichen Verteidigung hätte betrauen wollen, er sie nicht angenommen haben würde. Das Urtheil wird heute noch nicht gesprochen. — Die französische Akademie ist jetzt, was seit langer Zeit nicht gewesen, seit Sacordaire's Aufnahme ganz vollzählig. Alle 40 Sitze sind besetzt. Der älteste Unsterbliche ist der Herzog von Pasquier. — Der Stadt Marseille sind durch kaiserliches Dekret vom 26. Jan. 1 1/2 Mill. Fr. zur Regulirung der Kaiserstraße Nr. 8 bewilligt worden; doch ist zur Bedingung gemacht, daß die Arbeiten binnen fünf Jahren ausgeführt werden. — Am 27. Januar starb in Straßburg der Nestor der deutschen Dichter im Elsaß, August Vamey, in einem Alter von 89 Jahren. Der Dahingeshedene stand bis zu seinem Ende in freundschaftlicher, wissenschaftlicher Beziehung mit den Dichtergroßen Deutschlands. Mehrere gediegene Sammlungen seiner Werke sind vorhanden und wird auch noch ein Nachlaß von ihm zum Druck gelangen.

Paris, 2. Febr. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Senat für Deffentlichkeit der Sitzungen gestimmt habe.

Italien.

Turin, 30. Jan. [Tagesnotizen.] Ein königliches Dekret hebt das Generalcommando der Freiwilligen mit 1. Februar auf, verordnet die Transferrirung des ganzen Korps nach Oberitalien längstens bis 15. Februar, die Uebergabe der Waffen und Gevährschaften vor der Abreise an das Generalcommando in Neapel. Die Division Türr ist nach Mondovì, Solenz nach Asti, Medici nach Biella und Bixio nach Verceil bestimmt. — Der Arbeitsminister Sacini hat seine Entlassung genommen. — Nach einer Meldung der Florenzer „Nazione“ wird Peruzzi in das Ministerium treten. — In Mailand hat Brofferio vor einer zahlreichen Versammlung die Nothwendigkeit ausgedehnter Rüstungen beantwortet, „damit die fremde Allianz nicht zum übermüthigen Schutzherrn werde“.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Perugia wird (nach einer Pariser Depesche) gemeldet, daß die französischen Behörden 400 Gewehre, die zur Bewaffnung der Banden in den Abruzzen bestimmt waren, weggenommen haben.

Eine Depesche aus Turin, 1. Febr., meldet: General Sonnaz griff am 28. v. Mts. den bei Canco verschanzten Feind an und zwang ihn, sich zu ergeben. (Vgl. das Tel. aus Rom in Nr. 27.)

In dem bereits in Nr. 28 angezeigten zweiten Rundschreiben des Ministers Casella aus Gaeta vom 18. Januar, in welchem die Gefandten der auswärtigen Mächte ersucht werden, in Gaeta zu verbleiben, heißt es wörtlich: „So lange die Kommunikationen frei waren, konnte der König wenigstens indirekt mit dem in Rom residirenden diplomatischen Korps in Verbindung bleiben, indem er demselben zugleich jede Gefahr ersparte, und wenn ein schwerer Umstand eingetreten war, in welchem ihre Rathschläge nothwendig waren, so war es immer möglich, sie einzuladen, in wenigen Stunden sich nach Gaeta zu begeben. Dieses letzte Hülfsmittel besteht nicht mehr. ... Se. Majestät könne aber weder, noch wollen Sie auf das Vergnügen verzichten, die Vertreter der verschiedenen Regierungen zur Seite zu haben, um sich durch ihre Einsicht aufzuklären.“ Weiter heißt es: „Da es möglich ist, daß, wenn der gegenwärtige Stand der Dinge fortbauert, dieser isolirte und verlassene Platz endlich fällt, und alsdann die Person des Königs, die der Königin und der Prinzen der Willkür des Siegers preisgegeben sind, so hat Se. Majestät, welcher als König weichen und als König sein Schicksal ertragen will, bei keiner Person auswärtige Gefandte nothwendig, um im Nothfall ihren Rath in Anspruch zu nehmen und sie zu unverwerflichen Zeugen der vollendeten Thatsachen zu haben.“ Der Minister Casella fügt hinzu, daß für diejenigen Personen des diplomatischen Korps, welche zu bleiben sich entschließen, das schönste und sicherste Lokal, das Gaeta biete, in Bereitschaft gesetzt sei. Die Regierung macht sich auch verbindlich, für die persönliche Bequemlichkeit derselben soweit zu sorgen, als es die Verhältnisse eines belagerten Platzes mit sich bringen. Für diejenigen, welche ihre Effekten in Rom holen lassen wollen oder aus besonderen Gründen in Gaeta nicht bleiben zu dürfen glauben, liegt ein Dampfer zur Abfahrt nach Civita Vecchia oder Terracina bereit.

Dem Pariser „Moniteur“ ist der Text der Erklärung zugegangen, welche Gaeta in Bloade versetzt. Admiral Persano stützt sich dabei auf das Motiv, daß Gaeta keine Handelsstadt sei, und daß man nicht den Handel der neutralen Mächte störe, wenn man einige Kauffahrtschiffe verhindere, einen belagerten Platz mit Lebensmitteln zu versorgen.

Der „Ital. Korresp.“ wird über die Stärke Gaeta's nach der Seeseite geschrieben: Die Frontseite der Festung von der Bastion della Trinità bis zur Batterie S. Montano ist völlig unangreifbar, denn sämtliche Werke sind hier auf hohen senkrecht abfallenden Felswänden erbaut, gegen welche jeder Angriff wirkungslos ist. Ueber einen Theil dieser furchtbaren Uferbefestigungen feuern die Werke auf dem Monte Orlando hinweg, während durch die Batterien della Trabacca und Torre Francese der Angreifer in ein furchtbares Kreuzfeuer genommen wird. Die sardinische Flotte versuchte

die Werke rechts vom Hafen zwischen der Batterie di Vico und Favorta anzugreifen, allein auch dort setzten die terrassenförmig aus Granit erbauten Befestigungen jedem Versuche zum Angriffe die größten Schwierigkeiten entgegen. Nach Aussage einiger Marineoffiziere soll durch die letzte Beschließung der Regierungspalast und die große Kavalleriekaserne beschädigt worden sein. Es heißt, daß der König und seine Familie sich in ein einfaches Landhaus hinter dem Monte Orlando zurückgezogen habe, da sich Franz II. und seine Familie dort außer dem Bereiche der feindlichen Geschosse befindet. Auch die fremden Gesandten haben in der Nähe des Königs an der Strada Spedale ein Landhaus bezogen, wo sie vor dem feindlichen Feuer sicher sind.

Wie der „A. Z.“ gemeldet wird, haben die Dampfer „Maria Adelaide“, „Garibaldi“ und „Costituzione“ mehr oder weniger beim Bombardement der Festung gelitten. Ein Dampfer der Messageries Impériales, die „Espin“, lud in Marseille Lebensmittel und Kriegsmunition für Gaeta. Am 16. d. landete sie des schlechten Wetters wegen im Golf Juan und machte sich am 18. wieder auf den Weg. Der Kapitän, der die Küste genau kannte, hielt sich, als er in die Gegend von Gaeta kam, hart an das Land, löschte alle Lichter aus und kam am 20. d. M. um halb 11 Uhr Abends im Hafen von Gaeta an, ohne daß ihn die piemontesische Flotte bemerkt hatte. Es wurde nun ausgeladen, am 21. Abends um 10 Uhr verließ der Dampfer unbemerkt den Hafen wieder und kam glücklich in Civita Vecchia an.

Aus Gaeta vom 28. Januar wird der „Genueser Zeitung“ gemeldet: „Das Feuer der Belagerer richtet Verheerungen in Gaeta an. Man bemerkt wenige Häuser, deren Dächer nicht zerstört sind. Die italienische Flotte ist um ein Kriegsschiff und eine Fregatte vermehrt worden.“ Aus Neapel vom 28. Januar wird telegraphirt: „Der neapolitanische Parlamentär, welcher sich gestern der Flotte von Gaeta näherte und im Heere die Hoffnung erregte, die Festung wolle sich ergeben, war bloß der Ueberbringer eines Schreibens eines fremden Gesandten an seine Regierung.“

Nach der „Patrie“ und dem „Pays“ vom 31. Januar hat sich bis zum 29. Januar Abends die Lage der Dinge vor Gaeta nicht geändert. Das Geschwader scheint sich auf Aufrechterhaltung der Bloade beschränken zu wollen; das Feuer ist von beiden Seiten sehr schwach. Es bestätigt sich nach dem „Pays“, daß die Piemontesen neue Verstärkung von Turin verlangt haben.

Dem „Indipendente“ schreibt man aus Messina: „Man hat hier eine royalistische Verschwörung entdeckt, deren Fäden weit zu reichen scheinen. Der Vicomte de la Pierre de Noé und Graf St. Martin, welche unter Rumoricière und später unter Franz II. dienten, sind vor einigen Tagen hier angekommen. Dieselben wollten einen Vertrauten zu dem Kommandanten der Zitadelle schicken, um diesen von ihrer Ankunft zu benachrichtigen und ihn um eine Zusammenkunft zu ersuchen. Durch die Unvorsichtigkeit des Vertrauten wurde der Plan der sardinischen Polizei verrathen, welche die genannten Herren verhaften und ihre Papiere mit Beschlagnahme ließ. Der französische Konsul versuchte es bis jetzt vergeblich, die Freilassung der Verhafteten zu erwirken.“

Rußland und Polen.

„Aus dem Königreiche Polen, 2. Febr. [Rußlands Politik; kleinliche Agitation; Wohlthätigkeit.] Die von Petersburg heute eingegangenen Mittheilungen bestätigen meine neuliche Nachricht, daß mehrere Korps auf Kriegsfuß gestellt werden sollen. Der Kaiser scheint entschlossen, den anarchischen Strebungen, welche von Westen her unterhalten und dirigirt werden, entgegenzutreten und mit den Mächten, welchen die Herstellung und Erhaltung der Ordnung und des Rechts in Europa zumeist am Herzen liegt, gemeinsame Sache gegen den Feind der geregelten Zustände zu machen. Daß, wie französische und auch einige deutsche Blätter gern glauben machen wollen, ein Bündniß Rußlands mit Louis Napoleon in Aussicht stehe, ist unrichtig. Rußland muß Alles aufbieten, um dem Unwesen der napoleonischen Politik ein Ende zu machen, wenn es nicht seine ethischen Stützen erschüttert und seine monarchische Existenz bedroht sehen will. Wenn Kaiser Alexander dahin wirkt, daß die Angelegenheit mit Dänemark auf friedlichem Wege abgewickelt werde, und daß besonders dort nicht Preußen thätig engagirt werde, so liegt wohl eher ein fürsorgender, als irgend ein anderer Grund zu diesem Streben Rußlands vor. (?) — Man begnügt sich nicht mehr damit, öffentliche Vergnügungen zu vermeiden und sich von selbst fern zu halten, sondern man stört sogar Familienfeste. So erhielt z. B. die sehr achtbare, christpolnische, aber gemäßigte Familie v. L. in R. bei Konin, als sie die Absicht hatte, ein alljährlich in ihrem Hause übliches Familienfest zu geben, zwei Tage vorher, wo die Gäste bereits geladen und alle Vorkehrungen getroffen waren, zwei anonyme Briefe mit der Weisung, daß, wenn das Fest wirklich stattfände, man es nicht nur auf unangenehme Weise stören, sondern die Familie auch in allen der Agitationspartei zu Willen stehenden Blättern als Vaterlandsverräther und unwürdige Polen brandmarken würde. Um nicht das Aeußerste zu wagen, unterließ man natürlich das Fest! — In der am 30. stattgehabten Session des zu Verfolgung milder Zwecke im Koniner Kreise gebildeten Damenvereins ist beschlossen worden, die Beschaffung der Fonds zur Gründung einer Kleinkinderbewahranstalt verbunden mit einer Armenschule in Konin auf angemessene Weise anzubahnen. Das Unternehmen ist löblich; nur scheint der Umstand, daß die Dominiabesitzer, auf die es hierbei lediglich abgesehen ist, durch Lieferung von Naturalien die Bedürfnisse decken sollen, nicht ganz praktisch. Angemessener dürfte es sein, wenn die betr. Summe (es sollen 2000 Rubel S. jährlich erforderlich sein) so aufgebracht würde, daß man sie auf die 30,000 Hufen Dominialländereien des Kreises repartirte: würde auf die Hufe nur 7 Kopel (2 1/2 Sgr.) erforderlich sein, um den Bedarf ausreichend zu decken.“

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Januar. [Stimmen der Presse über die Kriegsaussichten.] Während die Regierung unausgesetzt mit ihren Rüstungen fortfährt, scheint das Volk keineswegs sehr kriegslustig zu sein; das Beispiel Odense's scheint keinen Anklang im Lande zu finden, und selbst die Bürgerschaft der Hauptstadt, die doch sonst so spektakellustig zu sein pflegt, verhält sich diesmal auffallend kühl. Die Presse sucht deshalb mühsam die spärlichen Reste des verglimmenden Feuers durch Auszüge aus den die

dänische Sache vertretenden Artikeln ausländischer Blätter zu unterhalten. Am meisten kommen ihnen dabei einige Auslassungen deutscher Organe von der angeblichen Unbezwinglichkeit Dänemarks, so lange man nicht mit einer ausreichenden Flottenkraft gegen Kopenhagen vorgehen könne, zu statten. Allerdings sind die dänischen Blätter weit entfernt, derartige Ansichten irgend für richtig anzusehen, und unter den ungläubigen Leitartikeln der hiesigen wie der Provinzialorgane ist uns auch nicht in einem einzigen ein ähnliches Raisonnement begegnet; vielmehr sind die Dänen unter sich sammt und sonders über das Unzureichende ihrer Kräfte, einen Krieg gegen Deutschland auch nur zwei Jahre lang zu führen, ganz und gar nicht zweifelhaft, aber sie glauben auf die Umstände, auf ausländische Unterstützung u. s. w. ihre Hoffnungen stützen zu können. Zudem stimmen alle dänischen Organe darin überein, daß, wenn man einmal die Wahl zwischen Exekution und Krieg habe, der Krieg darum vorzuziehen sei, weil er doch immer Chancen biete, während die Exekution zwar langsam aber sicher zur Demüthigung und Unterwerfung Dänemarks führen würde, weil Dänemark die finanzielle und politische Schwächung, die nothwendig in Folge der Exekution eintreten würde, für längere Zeit nicht ertragen könnte. Selbst „Fædrelandet“ will deshalb nicht mehr, daß die dänische Regierung ruhig die Exekution über sich ergehen lasse, nur meint es, daß man zu Lande zwischen Elbe und Eider keinen Widerstand leisten, sondern die dänischen Truppen sofort hinter die Elbe zurückziehen, dagegen aber sofort nach dem Einrücken der Bundes-truppen den europäischen Mächten die Bloade der deutschen Häfen anzeigen, und die Anerkennung der Bloade nachsuchen solle. Dieser Plan scheint indessen bei den andern dänischen Blättern durchaus keinen Anklang zu finden und ist neuerlich bereits von „Dagbladet“ heftig angegriffen worden. „Der Beslut“, sagt das genannte Blatt u. a., „keine Exekution in Holstein zu dulden, ist der einzige Weg, einem unglücklichen Kriege sowie der sicheren Demüthigung Dänemarks zu entgehen. Wenn „Fædrelandet“ es aus strategischen Gründen für äußerst bedenklich erklärt, den Krieg an der Elbe zu beginnen, so antworten wir darauf, daß nicht bloß politische, sondern auch strategische Gründe die Aufnahme des Kampfes an der Elbe sehr empfehlen. Wir haben in diesem Falle die großen Ressourcen Holsteins zu unserer Disposition, und können die Soldaten, Matrosen, die öffentlichen Rassen, Pferde und sonstigen Kriegsmaterialien dieser Provinz verwerthen, auf unserem Rückzuge alles mit uns nehmen, die holsteinischen Eisenbahnen zerstören und dadurch dem Feinde großen Nachtheil zufügen. Auch würden alsdann die europäischen Mächte sich ohne langen Verzug zu einer Intervention bemühen, während sie, wenn Dänemark den Exekutionstruppen keinen Widerstand leistet, dieselbe am Ende als eine innere deutsche Angelegenheit ansehen dürften. „Fædrelandet“ hatte zur Unterstützung seiner Rathschläge u. a. den Satz aufgestellt, daß der Widerstand an der Elbe die Bundesstruppen nach Schleswig und Jütland ziehen, und daß es doch wohl größere Opfer kosten werde, die deutschen Staaten aus der ganzen Halbinsel, als die Exekutionstruppen aus Holstein los zu werden. Diesen Satz aber bestreitet „Dagbl.“, weil, wie es meint, die europäischen Mächte bei einer Besetzung der ganzen Halbinsel nicht ruhige Zuschauer bleiben, während sie gegen die Besetzung Holsteins, wenn Dänemark derselben nicht Widerstand leistet, wohl faum sich rühren würden. Und doch gebe auch „Fædrelandet“ zu, daß Dänemark auf die Dauer die Exekution nicht aushalten könne. (Pr. 3.)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Im Herrenhause haben sich folgende Kommissionen konstituiert: 1) Die Kommission zur Verathung des Ehegesetzes: Vorsitzender: Udden, dessen Stellvertreter: v. Frankenberg-Ludwigsdorf; Schriftführer: v. Kleist-Regow, Stellvertreter desselben: Dr. Krausnick. Die übrigen Mitglieder sind: Graf Ipenfl., Dr. Stahl, Freiherr v. Malsb., Graf Rittberg, Graf Hardenberg, v. Meding, Dr. Brüggemann, Dr. Homeyer, Dr. Göge, Brandt, Freiherr v. Monteton. — 2) Die Justizkommission: Graf Rittberg, Vorsitzender; v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Stellvertreter; v. Rabenau, Schriftführer; Freiherr v. Rothkirch-Trach, Stellvertreter; Graf Dohna-Schlodien, Dr. v. Zander, Udden, v. Waldaw-Steinhövel, v. Sanden-Schulze, Grimm, Dr. Homeyer, v. Maffow, Dr. v. Duesberg, v. Daniels, v. Mjö. Für die westfälische Gütergemeinschaftsfrage vertritt durch die Herren: Graf Westphalen, Blömer, Herzog v. Ratibor, Dr. Brüggemann, Freiherr v. d. Brenken. — 3) Die Kommission für das Eingezugsgesetz in Westfalen und Rheinprovinz: Dr. v. Duesberg, Vorsitzender; Fürst von Fürstenberg, Stellvertreter; Underpelt, Schriftführer; v. Carnap, Stellvertreter; Graf Westphalen, Senft v. Pilsach, Graf Dönhoff, Frhr. v. Diergardt, Stupp, Graf v. Beyff., Gymnich, Engels, Graf Dohna-Kienstein, Camphausen (Köln), Graf v. Hesse-Hesse, Camphausen (Berlin). — 4) Die Kommission für Abänderung der Städteordnung in den östlichen Provinzen: v. Meding, Vorsitzender; Fürst v. Radzivil, Stellvertreter; Berndt, Schriftführer; v. Treslow, Stellvertreter; Graf Ipenfl., Frhr. v. Wedell, Piper, v. Waldaw-Reichenstein, Frhr. v. Buddenbrock, Herzog von Ratibor, Hasselbach, Groddeck, Frhr. v. Münchhausen-Straußfurt, v. Brandt (Lauchstedt).

Die Brüggemann'sche Fraktion (Zentrum) im Herrenhause ist jetzt 32 Mitglieder stark. Die Brünneck'sche Fraktion (Linke) zählt 24 Mitglieder. Da diese beiden Fraktionen in vielen Hauptfragen zusammenstimmen werden, so werden etwa 56 Mitglieder im Herrenhause dem Ministerium im Allgemeinen zur Seite stehen. Die Vereinigung der beiden Fraktionen ist nicht zu Stande gekommen.

Haus der Abgeordneten.

— Der Abg. v. Zoltowski hat folgendes, von 14 Mitgliedern der polnischen Fraktion unterstütztes Amendement zum Adressentwurf eingebracht: Das Haus wolle beschließen, in dem Adressentwurf Nr. 14 hinter den Worten: „welche in dem untrennbaren Interesse Deutschlands wie Preußens ihre Begründung finden“, folgendes einzufügen: „Aber Ew. Königliche Majestät werden in Ihrem hohen Gerechtigkeitsinn gewiß nicht außer Acht lassen, daß unter Allerhöchstherrn Unterthanen auch solche zählen, die einer anderen Nationalität und nicht zu Deutschland gehören. Diese geben sich der Hoffnung hin, daß auch ihre, auf Gottesordnung, völkerechtlichen Verträgen und königlichen Worten beruhenden nationalen Rechte Anerkennung und Schutz nunmehr finden werden. Möge es Ew. Majestät, im Interesse von Deutschlands Einheit selbst, vorbehalten sein, Wege anzubahnen, damit das an Polen begangene weltgeschichtliche Unrecht geahndet werde, und die dadurch so tief gestörte europäische Ordnung feste moralische Grundlagen erhalte.“

— Die Abgg. v. Prittviß und Genossen (konservativ) haben ein Amendement, die Abänderung der letzten beiden Alinea's im Entwurfe der Adresse betreffend, eingebracht. Wir geben dasselbe nachstehend: „Eurer Königlichen Majestät schlagen in Ihrem Volke Aller Herzen in warmer Liebe und in Ehrfurcht entgegen. Hat gleich Allerhöchstherrn Regierung in bewegter Zeit begonnen, welche Geschehnisse die Vorhebung dem Vaterland vorbehalten haben mag, Preußen wird unter Ew. Majestät Scepter sich selbst treu bleiben. Uns beglückte das Bewußtsein, daß es mehr als je gilt, in Gottesfurcht und in selbstvergessener Hingebung, wie im Innern so nach Außen die erworbenen Güter zu bewahren, sie zu mehren und durch die Förderung der nationalen Interessen Preußens und Deutschlands den Geist des Umsturzes fern zu halten, der sich in Europa regt. Wie wir nach dem Vorbilde unserer Väter in unverwundlicher Treue in guten wie in bösen Tagen zu unserm König stehen, so werden Ew. Kö-

nigliche Majestät, rufen Sie Ihr Volk, mit uns die Zurechttheilung, daß die Kraft und das Blut Ihres Volkes bis zum letzten Tropfen Allerhöchsten und dem Vaterland gehört. — Bis auf den Fuß in Betreff der italienischen Frage und die Schärfung des Sages über Deutschland rechnet man, nach dreitägiger Debatte, auf unveränderte Annahme des Entwurfes.

Militärzeitung.

Nordamerika. [See- und Flottenstärke.] Das stehende Heer der Vereinigten Staaten beträgt 5 Kavallerie-, 4 Artillerie- und gegenwärtig zusammen 13 Infanterieregimenten (3 davon Freiwilligeregimenten), die einen wie die andern zu durchschnittlich 10 bis 12 sehr schwachen Kompanien, ungefähr 16,000 Mann, und die Gesamtausgaben für die amerikanische Landmacht belaufen sich für das Jahr 1859 auf die ungeheure Summe von 23½ Millionen Dollars. Rechnet man das Budget für die Flotte mit 14½ Millionen hinzu, so stellen sich die Ausgaben für beide Abtheilungen auf beinahe 38 Millionen Dollars oder nahe an 50 Millionen Thaler, d. i. fast die Hälfte der gesamten Bundesinnahme. Die Kriegesflotte umfaßt 1) an Segelschiffen: 10 Linienschiffe, 10 Fregatten, 21 Korvetten, 3 Briggs, 1 Golette, wovon sich jedoch nur noch 3 Fregatten, die Korvetten und die Briggs in vollkommen brauchbarem und dienstfähigem Zustande befinden sollen, und 2) an Dampfern: 6 Schrauben- und 6 Segelschiffe, 6 zweiter, 11 vierter Klasse und 7 Dampfer, wobei sich namentlich von den Schiffen zweiter und vierter Klasse noch ein überwiegender Theil im Bau begriffen befindet. Seltjam und nach einem ganz besonderen System ist die Ausrüstung und Bewaffnung der amerikanischen Schraubendampfer, indem nämlich, was allerdings empfehlenswerth erscheinen mag, alle gemischte Schiffe, d. h. Segelschiffe und Dampfer zu gleicher Zeit sind und, eine Idee, die sich allerdings erst bewähren soll, in Hinsicht ihrer Bewaffnung die Schiffe der hierzu angewandten Kaliber und dabei die leichte Beweglichkeit der Geschütze, die Zahl derselben ergeben soll. Der „Niagara“, ein Schiff, das in der Bauart und Größe dem englischen Admiralschiff „Wellington“ von 131 Kanonen gleichkommt oder eigentlich noch übertrifft, führt so z. B. nur 12 Kanonen, freilich durchgängig 135pfündige Bombkanonen, von einer ganz eigenthümlichen Konstruktion, welche jedoch in ihren Vorzügen durch die jetzigen gezogenen Kanonen schon weit übertrifft sein möchten. Die stehenden nordamerikanischen Truppen liegen vorzugsweise in der ganzen Ausdehnung der Indianergrenze und in den zahlreichen, über das ganze ungeheure Bundesgebiet zerstreuten kleinen Forts in mehr als 100 einzelnen Garnisonen vertheilt, oder auch theilweise (die neuen Freiwilligeregimenten) zum Transport der Auswandererzüge nach dem Westen und der Regierungsendungen durch das Indianergebiet bestimmt, wie denn überhaupt die Befämpfung der Indianer fast der einzige Zweck dieser Truppen ist. Ihre Ausrüstung, Bewaffnung und kriegerische Tüchtigkeit steht beiläufig mit dem ungeheuren Geldaufwand für sie (je 1000 Mann jährlich beinahe 2 Millionen Thaler) in gar keinem Verhältnis; denn alle Berichte stimmen darin überein, diese regulären amerikanischen Regimenter als in jeder Beziehung weit hinter den Forderungen der Zeit zurückstehend zu bezeichnen. Den Kern der amerikanischen Landmacht bildet die Miliz, welche nach den neuesten Nachrichten hierüber jetzt aus 2,727,000 in den Völkern eingetragenen Mannschaften von 20–45 Jahren besteht. In den nördlichen, schon völlig kultivierten Staaten darf indeß die Milizwesen wohl für wenig mehr als eine großartige militärische Spielerei betrachtet werden. Jeder Amerikaner von einigem Vermögen und Ansehen hält es nämlich für einen unerlässlichen Ehrenpunkt, in der Miliz seiner Gemeinde oder Grafschaft zugleich einen möglichst hohen militärischen Grad zu bekleiden und demzufolge soll denn auch die Zahl der Stabs- und Oberoffiziere bei derselben 95,000, die der Subalternoffiziere dem entsprechend aber gar 430,000 betragen. Die Miliz jeder Gemeinde sucht ihrerseits durch den Glanz ihrer Ausrüstung, Musik, durch prächtig gefärbte Fahnen u. d. d. anderen Gemeinden zu verdunkeln, und finden sich so in derselben alle nur denkbaren Uniformen, von der der alten Garde Napoleons bis zu denen des kleinsten deutschen Truppenkontingents und der päpstlichen und neapolitanischen Schweizergarden vertreten. 20 Offiziere auf 30–40 Mann, und unter den Offizieren, wenn möglich, 1 General, 1 Paar Obersten, 5–6 Majore, sind bei der Miliz der nördlichen Staaten eine ganz gewöhnliche Erscheinung; so bunt die Ausrüstung, so muß sie wegen des gegenseitigen Wettstreits hierin aber doch im Allgemeinen als gut bezeichnet werden. Ganz anderen Schlages ist freilich die Miliz der noch wenig kultivierten südlichen und westlichen Staaten, und die sogenannten, für den unmittelbaren aktiven Dienst bestimmten Freiwilligen-Kompanien sind sogar trotz ihrer bunten, bei nicht zwei dieser Kompanien übereinstimmenden Erscheinung als vorzüglich leicht zu betrachten. Durch häufige Verwendung gegen die vorzüglich be- rittenen und kriegerischen Indianerstämme des Südens und Westens an einen blutigen und erbarmungslosen Krieg und alle nur denkbaren Gefahren und Strapazen gewöhnt, sind die Freiwilligen-Kompanien eben so rasch im Entschluß, als fähig in der Ausführung und zuverlässig im Gesecht. Die Büsche, in Texas und den benachbarten Staaten auch für den Kampf zu Pferde, die Kanäle und der Saffo sind ihre Waffen, und für das Gesecht zu Fuß und zu Fuß gleich gut vorgeübt, dürfen sie in der That für einen auf ihre Ungewöhnlichkeit, mit allen indianischen Kisten ausgestattete Schwärme nicht vorbereiteten Feind als fürchtbare Gegner erachtet werden. Es waren beiläufig eben diese Freiwilligenkompanien des Westens und Südens, vor denen 1816 in der Schlacht bei New Orleans, die schla- chterprobten englischen Bataillone von Vittoria und Waterloo erlagen, und vor denen noch neuerdings in dem Kriege gegen Mexiko die mexikanischen Scharen in alle Winde auseinanderflogen. Für den Fall der Noth und Gefahr werden auch in den nördlichen Staaten aus der Miliz Freiwillige aufgeboden, doch dienen diese fast ausschließlich als Linien-Infanterie und sind wegen mangelnder Kriegsausrüstung als eine weniger denn mittelmächtige Truppe zu erachten. Selb- geschick hat bisher in den amerikanischen Kriegen wegen der eigenthümlichen Bodenbeschaffenheit und namentlich in den südlichen und westlichen Staaten des Mangels an Verbindungsstraßen, Brücken u. s. nur geringe Anwendung gefunden, doch befindet sich in der Miliz auch Artillerie inbegriffen. Einmal zum Dienst außer der Gemeinde aufgeboden, erhalten die Milizen Sold und Verpflegung vom Staate, befinden sich dann aber auch den Kriegesgelegenheiten untergeordnet. Die Stärke derselben für die Verwendung im Felde kann wegen mangelnden Anhalts dafür wohl nicht einmal annähernd richtig geschätzt werden. Bei dem Kriege gegen Mexiko soll die Zahl der wirklich gegen diesen Staat aktiv wirk- sam gewordenen Freiwilligen bei 60,000 betragen haben. — P.

Aus polnischen Zeitungen.

Aus Kaschub schreibt ein Korrespondent dem „Radwislanin“: „Im Ge- fühl der Nothwendigkeit, die polnische Sprache in den Elementarschulen Kaschubens mehr zu berücksichtigen, hat man es für das Beste gehalten, sich an den Erzbischof von Kulm mit der Bitte zu wenden, er möge sich für seine Kir- chen- und besonders für diejenigen im Umfange seiner Diözese, deren Muttersprache die bei uns in kleinen und großen Schulen so wenig berücksichtigte polnische Sprache ist, bei den betreffenden Behörden verwenden. Dieser Vor- schlag, bei unserm Erzbischof Güte zu suchen, verbreitete sich in schnellem Fluge bis an die Ufer des Baltischen Meeres (z. B.) und wurde überall freudig aufgen- nommen, denn aller Orten stehen die Mißbräuche deutlich im Auge; es hat nur Niemand gewagt, wie man sich ihrer entledigen solle. Aus dem hiesigen Kir- chenprel hat man, glaube ich, die erste Bittschrift an den Bischof gerichtet, denn sie ist schon vom 27. Dezember v. J. datirt. Sie lautet wie folgt: „Donnerstag, den 27. Dezember 1860. Ganz gehorsame Bitte der Schönwalder Eingepfarrten um ausgedehntere Einführung der polnischen Sprache im Schul- unterricht und hauptsächlich im Religionsunterricht. Hochwürdigster Erzbischof, erlaube ich mir hiermit, die Unterzeichneten unterbreiten Ihnen ganz gehorsam eine Darstellung unserer Bedürfnisse für Aufklärung und Glauben, so wie der Gefahren, in denen sich die ganze Gegend befindet, und verbinden damit die ehrerbietige Bitte an Ew. Hochwürden, als an unsern Erzbischof, daß sich Hoch- dieselben geneigt bei den betreffenden Behörden verwenden mögen, um dem sich verbreitenden Unheil vorzubeugen. Sprache und Glauben sind uns vom allmächtigen Gott verliehen, und es ist unsere heilige Pflicht, diese göttlichen Gaben zu gebrauchen, zu ehren und zu verteidigen, wenn wir sie nicht etwa verachten und uns dadurch einer Sündflut schuldig machen und zeitlich und ewig den Tod erleiden wollen. Wir erblicken nämlich dafür ein deutliches Beispiel an der benachbarten Provinz Pommern, wo gleichfalls eine polnisch-kaschubische Bevölkerung existierte, von der sich heute keine Spur mehr vorfindet: mit der Eingabe der Sprache hat sie auch den Glauben verloren und mit dem Verlust des Glaubens büßen die Nachkommen ihre polnischen Vorfahren (?) und ihr ewiges Heil ein. Das Recht auf unsere Sprache und unseren Glauben, also auch Schule und Kirche, waren uns bei der ersten, zweiten und dritten Theilung Polens garantiert, diese Garantie wurde im Jahre 1849 erneuert, aber wie wenig geachtet die Bedürfnisse unserer Nation Gemüthe! In unsern elemen- tarschulen wird wenig polnisch gelehrt, und obwohl wir die Pädagogik nicht kennen, so behaupten wir doch: man lehrt das Lesen nicht in angemessener Weise, denn das Deutsche geht voran, und dann erst folgt das Polnische. Schreiben lernen nur wenige Kinder am Schlusse vieler Jahre, ferner ein wenig deutsch rechnen,

was Alles so viel Zeit raubt und die Kinder so sehr quält, daß es den Eltern leid wird, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und wenn sie dieselben auch viele Jahre hinschicken, so erwerben Letztere doch nicht so viele Kenntnisse, als sie in der selben Zeit gar wohl könnten. Ueberdies wird die deutsche Sprache nur un- zureichend erlernt und deshalb vergessen; und so hat das Kind von seinen in hohem Maße schaden, denn, da sie den Katechismus in deutscher und polnischer Sprache erlernen, dessen es gar nicht bedarf, so können sie ihn in zu geringem Grade erlernen, und diejenigen Kinder, welche aus Armut oder wegen weiter Entfernung nicht regelmäßig zur Schule kommen können, können nur so viel, als ihnen die Eltern bruchstückweise und der Geistliche vom Ka- techismus beibringen, was gewiß nicht ausreicht und woher die unvollstän- dige Moralität und das unglückliche Leben eines solchen Menschen rührt. Wenn die Kinder nicht eine Elementarschule mit Vortheil durchmachen können, wie sollen sie eine höhere Bildungsanstalt besuchen? und wenn es ein Kind bis zum Gymnasium bringt, so wird es den Eltern, wenn dasselbe nach einem Jahre nach Hause kommt, schwer, es zu erkennen, oder noch besser, als ihr Kind anzuerkennen: das Polnische hat es vergessen, deutsch kann es nicht, so werden in einem so jungen Kopfe, der in der Elementarschule an den deutschen Katechismus gewöhnt ist, verkehrte Ideen geboren. Auf dem Gymnasium will er auch ferner lieber deutsch lernen, er verachtet daher den polnischen Katechismus und wird schließlich auch seine polnischen Eltern verachten, und wenn er auch Geis- tlicher wird, so gilt doch der Satz: wovon sich ein neues Gefäß vollgegoßen hat, danach riecht es im Alter. Was werden wir also mit der Zeit für Geistliche haben? Solche, die das Volk verachten. Was daraus folgt, werden Sie, hocherleuchteter Herr, selbst ermessen; ein Wunder und eine Gnade des unfähig- gen Gottes ist es, daß es noch nicht schlimmer steht, aber es kann noch über kommen, wenn es so fortgeht. Denn wo kann es Segen geben, wo das vierte Gebot Gottes nicht geachtet wird. Wenn wir mit dem Gymnasium zu Waje- rowo nicht zufrieden sind, so können wir die Kinder vielleicht auf das königliche Gymnasium schicken? Dort ist es gerade so, oder noch schlimmer. Oder nach Dan- zig? Da kommen sie in protestantische Hände, und was wird dann geschehen? Deshalb, ehrwürdigster Erzbischof, gerufen Sie, sich der Sache anzunehmen; helfen Sie nicht bloß, so lange wir leben, sondern bedenken Sie auch der Zu- kunft unserer Kinder und unserer Seelen. Indem wir Ihnen mit dieser Bitte zu Füßen fallen, verharren wir als Ew. Hochwürden treue Kirchkinder.“

Zahlreiche Unterschriften waren diesem Bittgesuch (dessen überaus glänzende Bogel darauf berechnet scheint, die Leser glauben zu machen, es sei wirklich „aus dem Volke“ hervorgegangen!) beigefügt; Jeder wartete mit Spannung auf den Erfolg und schmeickelte sich mit froher Hoffnung, denn unserm Er- zbischof sind die Bedürfnisse des kaschubischen Landes, in dem er geboren, bekannt. (Wogu also die Bittschrift, wenn sie wirklich Grund hätte?) Wir haben uns aber geirrt, da wir uns in dieser Beziehung an die betreffende weltliche Be- hörde wenden mußten, wie wir aus der Antwort des hochwürdigsten Erzbischofs ersehen haben. Vielleicht beabsichtigen noch Viele gleiche Schritte, deshalb theile ich hier zu deren Kenntnissnahme die Antwort unseres Erzbischofs wörtlich mit: „Auf Ihre unter dem 27. v. Mts. an Uns gerichtete Bitte, bezüglich der Ihrer Ansicht nach stattfindenden Verwahrlosung der polnischen Sprache in den Elementarschulen, erwidern Wir Ihnen hierdurch, daß es Uns nicht zukommt, diesem Uebel abzuhelfen, und daß Sie sich also an die betreffende weltliche Be- hörde wenden müssen, da Unsres Amtes nur die Sorge um die geistlichen Be- dürfnisse Unserer Diözesanen ist. Da Sie aber in Ihrem Kirchprengel einen Geistlichen haben, der polnisch spricht, so können Wir Ihre Beschwerde nicht als so sehr tiefgehend anerkennen. Pelplin, den 3. Januar 1861. Johann Nepomucen, Bischof von Kulm.“ Nach Lesen dieser Antwort fiel mir vor Allem, wie Sie denken föhnt, in's Auge, als ob unsere Bitte übertrieben gewesen wäre, aber darauf erwidere ich: durchaus nicht, und dieses Gefühl enthält nicht bloß die Beschwerden unseres Kirchspiels, sondern wir erblicken darin das Leiden von ganz Kaschub. Den Punkt anlangend, daß wir einen polnisch redenden Probst haben, so ist das wahr und freuen wir uns dessen, und zwar um so mehr, als er nicht bloß polnisch versteht, sondern zugleich ein guter Pole ist, der sich um die Aufklärung und das Wohl seiner Eingepfarrten bekümmert. So hat er in die- ser Hinsicht an einem Sonntage von der Kanzel dem Volke die Nothwendigkeit der Aufklärung und der polnischen Schritten nachgewiesen und dazu den „Przyjaciel Ludu“ (Volksgesund) empfohlen und sich bereit erklärt, solchen auf- zuordnen einem Leben zu verschreiben. Daß der „Przyjaciel Ludu“ veröffent- lichen worden und hier schon genug gelesen wird, das verdanken wir unserem Probst. (Das Blatt ist schon neulich in Nr. 15 genügend charakterisirt worden.) Wir freuen uns also, daß wir an unserem Probst einen guten Polen und eifrigen Geistlichen haben, was aber die Elementarschule in Schönwalde betrifft, so sprechen wir es fahn aus, daß selbst ein solcher Geistlicher bei dem besten Willen die Bedürfnisse nicht zu unterstützen im Stande ist, er müßte denn selbst fortwäh- rend in der Schule unterrichten; aber diese Schule ist eine Meile von ihm ent- fernt. Jetzt können die Kinder in dieser Schule nicht einmal polnisch lesen, obwohl mit Ende vorigen Jahres vom Bischof der Befehl ergangen ist, daß diejenigen Kinder, die den Katechismus nicht gut können und lesen werden, zwei Jahre zum Konfirmationsunterricht gehen sollen; ich glaube, dieser Befehl er- streckt sich allein auf den polnischen Katechismus und das polnische Lesen. denn hier ist die Bevölkerung polnisch. Unsere Beschwerden sind also nicht übertrie- ben, sondern wahr. Ich wünsche Denen, die aus einem dem Meere näher be- legenen Kirchspiel ein ähnliches Gefühl eingereicht haben (denn ich denke, daß es schon abgehandelt worden), daß sie sich wenigstens einer besseren Berücksichtigung zu erfreuen hätten. Zwei benachbarten Kirchprengeln habe ich in Folge der uns zugegangenen Antwort den Rath erteilt, daß sie in dessen für jetzt vom Sammeln der Unterschriften absehen sollten.

Jetzt aber wende ich mich im Namen Derer, welche auf ihr Geseuch beschie- den sind, an alle Landesleute, die ihre Nationalität ehren, mit der Bitte, uns durch den „Radwislanin“ Rath zu erteilen, wie wir unseren Zweck erreichen und dem Uebel steuern können. Meiner Ansicht nach wäre es am passendsten, dem aus der Zuhler Halde dem „Radwislanin“ erteilten Rath zu folgen, d. h. Unterschriften zu sammeln und an die Abgeordneten sich zu wenden. Dabei müßte man sie bitten, unsere Provinz unter ihre Obhut zu nehmen, unsere Rechte zu verteidigen und uns folgende Punkte auszuwirken: 1) daß die Ele- mentarlehrer auf dem Seminar polnisch unterrichtet würden; 2) daß auf den Seminarien und Gymnasien das Gramen in der Religion von allen katholischen Schülern ohne Ausnahme nur in der polnischen Sprache abgelegt würde (also auch von den deutschen Katholiken? Immer besser!); da Niemand wissen könne, welcher deutsche oder germanisirte Schüler sich zum Geistlichen werde ausbilden wollen; 3) daß die Schulrevisoren Polen wären; 4) daß die zu 1–3 aufge- führten untauglichen Personen ihre Aemter niederlegten; 5) daß zu Geistlichen nicht Leute angenommen würden, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind, denn es sei sowohl für den Geistlichen, als die Eingepfarrten eines Kirchspiels ein Schand, wenn der Ortsgeistliche erst sprechen lernen soll, wo er schon handeln und arbeiten muß; 6) daß bei dem Gericht und der Verwaltung die Verhandlungen mit Polen in polnischer Sprache stattfänden; 7) daß die amt- lichen Blätter, wie Kreisblatt u. s. w., auch polnisch herausgegeben würden. — Bei Aufstellung dieser 7 Punkte (die bei keinem Verständigen weiterer Bemerk- ungen bedürfen!) fällt mir eben ein und nimmt mich Wunder, warum in un- serer polnischen Diözese nicht ein Kirchenblatt, in Pelplin in polnischer Sprache redigirt, erscheint, da doch die größtentheils polnische Geistlichkeit und auch die polnische Einwohnerschaft sehr gerne abonniren würde. Ich bitte dich also, theurer „Radwislanin“, um recht baldige Ertheilung eines Rathes in obiger Beziehung, falls die wohlmeinenden Brüder nicht mit mir darin übereinstim- men sollten, sich ohne Aufschub an den Abgeordneten für Strassburg, Herrn Lyskowski, zu wenden. Landesleute, wir wollen Einer vor dem Anderen unsere Klagen ausschütten, um unser Herz zu erleichtern, wir wollen einander mit Rath unterstützen, wo es sich um das Unsere handelt, aber das Alles in Liebe nach dem Grundsatz: Wir dienen, Jeder nach seinen Kräften, einer ge- rechten Sache; mag es dem allgemeinen Wohl zum Besten gereichen.“ R. M.

Kokales und Provinzielles.

Posen, 4. Febr. [Soziale Zustände.] Das Jahr 1860 war für die Stadt Posen hinsichtlich des Gesundheitszustandes gün- stig; dagegen ungünstig in Bezug auf die Erwerbsverhältnisse. Da die Preise der Lebensmittel nicht übermäßig hoch waren, so muß die Ursache den politischen Zuständen beigemessen werden. Die fortwährende Bedrohung des Friedens und der Sicherheit Europa's durch den Beherrscher Frankreichs und die Begünstigung, die von dort aus offen und heimlich den Elementen zu Theil wird, welche die Kräfte der benachbarten Staaten im Innern zu beschäf- tigen und zu zerlegen geeignet erscheinen, während im eigenen Lande eben diese Elemente mit fester Faust niedergehalten werden, hat

nicht verfehlt, ihre höchst nachtheiligen Einflüsse auch bis auf uns zu erstrecken. Im vorigen Jahre sind im Stadtbezirk Posen 1491 Kinder geboren, 1241 Personen gestorben, mithin mehr geboren: 250. Unter den Geborenen waren 771 Knaben, 720 Mädchen. Außer der Ehe wurden 285 Kinder geboren, und zwar in den katho- lischen Gemeinden 175, den evangelischen 103, in der jüdischen 7 Kinder. In keinem früheren Jahre war diese Zahl so groß. Ueber- haupt hat das Verhältniß der unehelichen zu den ehelichen Gebur- ten sich zunehmend verschlechtert. 1840 waren unter 1337 Ge- burten 193 uneheliche, 1850 unter 1585 Geburten schon 278. Seit- dem hat die Anzahl geschwankt und ging 1853 sogar auf 189 herab, war aber 1859 schon wieder auf 259 gestiegen. Unter der christli- chen Bevölkerung ist nahezu jedes vierte Kind unehelich und stehen in dieser Hinsicht beide Konfessionen sich fast gleich. Unter den Ju- den sind nur 7 uneheliche Geburten, d. h. 1 unter 32 vorgekommen. Der Grund dieses auffallenden Unterschiedes zwischen der christli- chen und jüdischen Bevölkerung liegt theils in dem durch Herkom- men, Lebensweise und religiöse Gebräuche befestigten Familien- und Gemeindeleben der jüdischen Einwohner, welche einen größeren Zusammenhalt und eine strengere gegenseitige Aufsicht auf die Be- wahrung von Zucht und Sitte ermöglichen, theils darin, daß die Juden von Kindheit auf gewöhnt und angewiesen sind, ihr ganzes Dichten und Trachten auf den Erwerb einer unabhängigen Existenz und Begründung einer Familie zu richten und für diesen Zweck schon in der Jugend sparen und sammeln, während die christliche Jugend sich unkluger Weise dem Genuß und dem Vergnügen hin- geben zu können meint, oder in abhängigen Stellungen mit einem kärglichen Lohne vorliebnimmt, das für den täglichen Unterhalt nur eben ausreicht. Während die jungen jüdischen Männer und Mädchen ohne Vermögen, denen sich hier keine Aussichten darbieten, bald eine unabhängige Stellung zu gewinnen, sich in die an- deren Provinzen oder in das Ausland begeben, um dort ihr Ziel zu erreichen, hestet sich insbesondere die polnische Bevölkerung an die Scholle, auch wenn sie ihr nur die dürftigste Nahrung bietet, und die thatsächliche Untheilbarkeit der großen Güter, welche die größere Hälfte der Provinz bilden, die Aussicht auf Erwerbung ei- genen Grundbesitzes fernhält. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen das städtische und ländliche Proletariat zunimmt, ob- schon der Boden Getreide und Früchte genug trägt, um eine Be- völkerung ernähren zu können, die noch ungleich größer sein kann, als sie es heute ist. Wenn die Gründe des Übels klar vorliegen, werden auch Mittel zur Abhilfe sich auffinden lassen.

R Posen, 3. Febr. [Ueber den Nutzen naturhisto- rischer Sammlungen.] Wir sind unsern Lesern noch einen kurzen, durch längeres Unwohlsein verzögerten Bericht über den am verfloffenen Mittwoch vom Realschullehrer Dr. Bail vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft im „Naturwissenschaftlichen Verein“ gehaltenen Vortrag schuldig, den wir hier um so lieber nachtragen, als das (oben angegebene) Thema von eben so großer Wichtigkeit als von Interesse auch für weitere Kreise uns erscheint. Der Ge- dankengang des Vortragenden war etwa folgender:

Der Nutzen naturhistorischer Sammlungen äußert sich vor- züglich nach drei Seiten hin. Sie fördern nämlich zuerst die Wissenschaft an sich; gewähren ferner ein unentbehrliches Hülfsmittel beim Unterricht und sind endlich von großer Bedeutung für die Provinzen, in denen sie errichtet werden. Während im ersten Theile des Vortrags gezeigt wurde, daß nicht nur das Fundament aller Naturgeschichte, die Systematik, sondern auch alle später dar- aus entflorenen Zweige (z. B. die Geologie, die Paläontologie, Pflanzengeographie, Anatomie und Physiologie) den in Rede ste- henden Instituten entweder ihren Ursprung oder doch wenigstens einen außerordentlichen Zufluß von Lebenskräften verdanken, wurde im zweiten kurz von der Nothwendigkeit der Naturalien- und Hülfssammlungen beim akademischen, d. h. demjenigen Unterrichte gesprochen, welcher ausschließlich die Erkenntnis des Geschehenen zum Zwecke hat. Diesem wurde ferner die Behandlung der Natur- geschichte auf den Lehranstalten gegenübergestellt, wo sie gleichzei- tig als Bildungsmittel dienen soll. Daß auch hier Sammlungen aus den drei Naturreichen unbedingt erforderlich, ist geradehin selbst- verständlich, denn von der Natur reden, ohne sich auf feste An- schauungen stützen zu können, heißt mit dem Blinden über Farben reden und wird den Geist des Schülers, statt ihn zu schärfen, ver- flachen und abtumpfen; doch ist, wie der Vortragende richtig bemerkt, bei Errichtung von Sammlungen für bestimmte Unterrichts- zwecke ein besonderer Plan zu verfolgen, da es sich nicht um Voll- ständigkeit derselben, sondern um eine zweckmäßige Auswahl von Beispielen handelt.

Dr. Bail zeigte nun mit Hinweisung auf die erst in jüngster Zeit begründete zoologische Sammlung unserer Realschule, deren beste und interessanteste Exemplare im Lokale aufgestellt waren, daß wenige Repräsentanten aus jeder Ordnung als Lehrapparat auf Schulanstalten genügen, und besprach dann noch ausführlich die reichen Bildungsmomente, welche der durch praktische Sammlun- gen angemessen unterstützte naturgeschichtliche Unterricht bietet. Wir heben daraus wenigstens aphoristisch folgende Punkte hervor: Er erweckt eine Fülle lebendiger Anschauungen, die in dem Schüler zu um so klareren Vorstellungen werden, da er sie mit Vorliebe erfährt; führt beständig zu Vergleichen und Unterscheidungen und somit zur Bildung scharf abgegrenzter Begriffe. Dadurch, wie durch die oft geforderte Behandlung fest geschlossener Themat, ge- winnt der naturwissenschaftliche Unterricht hohe Bedeutung selbst für die sprachliche Ausbildung der Schüler, während besonders durch die Mineralogie auch die mathematische Kräftigung gefördert wird. Aber nicht der Verstand allein, sondern jedes Vermögen und alle Fähigkeiten gewinnen bei demonstrativer Behandlung der Natur- geschichte an Entwicklung und der Vortragende wies namentlich auf die Bedeutung des ästhetischen Bewußtseins und der Phantasie durch künstlerische Thierdarstellungen hin. Die Sammlung unserer Realschule besitzt jetzt einige in dieser Beziehung fast vollkommene Exemplare, die sie der Kunstfertigkeit des Konservators am Bres- lauer Universitätsmuseum verdankt. Und in der That sind solche Exemplare, wie Statuen, das treue Abbild lebender Wesen und wirken auf die Bildung des Geschmacks, des Schönheitssinnes und der Phantasie in ähnlicher Weise wie jene.

Gegen den Schluß berührte noch der Redner das Moment, wie Sammlungen der Landesprodukte in den Hauptstädten den Sinn des Volkes für die Betrachtung der Natur wecken und, indem (Fortsetzung in der Beilage.)

marzanowice, Kandidat Williger aus Giesle un Fabrikant Zeishe aus
Müllroje.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Gutsh. Gräfin Westerska aus
Zatrzenow, Frau Doktor Kunze aus Kosen, die Kaufleute Anfänger aus
Warschau, Tauchert aus Grünberg, Spinola aus Radea, Haupt, Brühl
und Spiro aus Berlin, Heine aus Gera, Scheidt und Bohnen aus Kr-
feld, Loosjen aus Paris, Rubern aus Bremen, Siegel aus Dresden und
Kremm aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Buschel aus Glogau, Bo-
finger aus Berlin, Salzmann aus Erfurt, Frankenstein aus Landshut,
Minsterberg aus Breslau, Stumpf aus Bremen und Heine aus Frank-
furt a. M., Baumeister Koch aus Rawicz, die Rittergutsb. v. Gajewski
aus Wollstein, v. Turno aus Obiezierze, v. Brodnicki aus Dieczmiarki,
v. Radoski aus Dalejzyn, v. Radoski aus Krzeslie und v. Prusinski
aus Warsze.

HOTEL DE BERLIN. Gutsh. Kunkel aus Breslau, Probst Kropiwnicki
aus Pempowo, Buchhalter Lieberknecht aus Roze, Rentier Kaniewski aus
Gnesen und königl. Oberförster Stahr nebst Frau aus Eschelle.

HOTEL DE PARIS. Gutsh. v. Dziembowski aus Penarowo, die Guts-
verwalter Bulczynski aus Nietzanowo und Malosi aus Nlaczewo.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Krzyzanski aus Sapowice, Frau
Rittergutsb. v. Morawzewska aus Galatow, Referendarius Gehler aus
Grätz und Lieutenant Zanernit aus Strzegli.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Gohn aus Neustadt b. P., Kar-
minski aus Pleschen und Gebrüder Gohn aus Piesjern.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Krause aus Schneidemühl, Fönkel
aus Breslau, Gohn aus Grätz und Hartmann aus Danzig.

DREI LILLEN. Gutsh. Arendt aus Gozdowo und Wirthschafts-Inспекtor
Kuczkowski aus Nehringsswalde.

BAZAR. Künstler Jarzyski aus Midoslaw, Kaufmann Rettner aus Stettin,
Frau Gutsh. Gräfin Störzewska aus Santomysl, die Gutsh. v. Broni-
kowski aus Wiltowo, Graf Potanski aus Wreschen, v. Koczorowski aus
Witoslaw, v. Twardowski aus Kobylisnl, Ramke aus Gorgewo und
v. Jarochowski aus Groß-Setolnif.

Jerzykiewicz.
Circa 1000 Saß große mehrlreiche Kartoffeln werden zu kaufen gesucht. Näheres franco in Breslau bei **J. Thamm**, Bischofsstraße Nr. 10.

